

Berlin, 26. Februar 2024

Pressemitteilung

Versprochen – gebrochen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Fehlanzeige!

Wie jetzt bekannt wurde, plant das Land Berlin, die Hauptstadtzulage auch künftig nur an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu zahlen. Mitarbeitende freier Träger sollen weiterhin für die gleiche Arbeit schlechter entlohnt werden. Diese Entscheidung widerspricht klar den Absichten, die Verantwortliche aller Parteien u.a. im Wahlkampf geäußert haben!

Dazu Prof. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin:
„Es ist ungerecht und völlig inakzeptabel, dass die Regierungsparteien der Ungleichbehandlung sozialer Organisationen nicht nur zusehen, sondern sie selbst produzieren. Das muss endlich beendet werden! Die Hauptstadtzulage auch für Mitarbeitende in der sozialen Arbeit wurde über Jahre hinweg versprochen. Vertrauensvolle Politik geht anders!“

Die Hauptstadtzulage beträgt 150 Euro/Monat und wird seit November 2020 allen beim Land Berlin angestellten Beschäftigten gezahlt. So erhält z.B. ein Erzieher der Kita-Eigenbetriebe für die gleiche Arbeit mehr Geld als seine Kollegin, die bei einem freien Träger arbeitet.

Dabei ist zu beachten, dass auch die freien Träger im Auftrag des Landes Berlin wichtige soziale Arbeit leisten und dafür vom Land Berlin bezahlt werden – nur eben schlechter als die eigenen Angestellten. Das ist nicht nur ungerecht und moralisch fragwürdig, sondern heißt auch, dass das Land seinen eigenen Einrichtungen einen Vorteil im Wettbewerb um Fachkräfte verschafft.

Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt die Hauptstadtzulage erhalten, diese zu streichen. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Aber das gilt nicht nur für Beschäftigte im öffentlichen Dienst!

Wir fordern nach wie vor: Hauptstadtzulage für alle!

Pressekontakt:

Nina Peretz

Stv. Pressesprecherin

Tel.: 030 86 001 123 / mobil: 0179 5422748

peretz@paritaet-berlin.de